

Unser Diskussionsanstoß

von Gerrit Mumm und Juliane Krüger, Lüneburg

Wir engagieren uns nicht nur in Form einer Veranstaltungsreihe, welche den Menschen vor Ort Konzepte und Ideen für eine Welt in Balance in Form von Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen näher bringt, sondern vermitteln unsere Ideen und Konzepte auch, indem wir einen Diskussionsanstoß in die Nation verschicken. Mittels des Diskussions-anstoßes suchen wir bewusst den Dialog mit in unseren Augen zentralen Akteuren, aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Rolle der Studierenden als nachhaltige Akteure

Wir verstehen uns als Speerspitze der Zivilgesellschaft, welche für das Wohl der Gemeinschaft in Ansätzen wissenschaftlich objektiv arbeitet und durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen der Universität professionelle Plattformen des Dialoges schafft. Mit ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten tragen die Studierendeninitiativen in besonderer Weise zur Persönlichkeitsbildung der künftigen Führungselite bei. In diesem Verständnis sehen wir uns als kritisch rationale Konstruktivisten, die mit teilweise unkonventionellen Sichtweisen ihre gesellschaftliche Position nachhaltig nutzen, um bestehende Systeme zu hinterfragen und Möglichkeiten der Optimierungen, die den Perspektiven unserer Generation entsprechen, zu suchen. Wir handeln dabei frei von Zwängen, Gewalt oder Parteiprogrammen. Gleichzeitig eröffnen wir den Entscheidungsträgern das Angebot, sie mit unseren Kräften zu unterstützen, sofern sie ihre Gestaltungsmacht nachhaltig einsetzen.



Glokalisten

Wir bezeichnen uns als nachhaltige Glokalisten: welche die Verknüpfung von globalen Problemen und lokalen Lösungsstrategien suchen. In diesem Sinne bündeln die organisierenden Studierendeninitiativen ihr Organisations- und Erfahrungswissen. Uns verbindet der Slogan: „*Think Globally, Act Locally*“, der wahrscheinlich von Rene Dubos, Berater bei der United Nations Conference on the Human Environment (1972), stammt. Seine Überlegung war, dass jeder Einzelne globalen Umweltproblemen mit individuellen Handlungen entgegenwirken kann, wenn er sich den ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten seiner lokalen Umgebung bewusst ist (Eblen/Eblen: 1994, S. 702).

In dieser Geisteshaltung suchen wir nach Lösungen für eine gerechte Welt im Gleichgewicht. Um dem Leitbild zu entsprechen, vernetzen wir uns zielgerichtet und schaffen durch unser ehrenamtliches Engagement eine öffentliche Plattform, auf der Ideen und Konzepte, die unserer Zieldefinition entsprechen, vorgestellt werden. Durch Lern- und Kontaktveranstaltungen sollen nachhaltige Instrumente und Angebote zugänglicher und individuell anwendbar werden. Unsere Perspektive orientiert sich an dem von Erik Swyngedouw eingeführten Konzept der „Glokalisierung“. Es verdeutlicht den „*kombinierten Prozess von Globalisierung und lokal-territorialer Rekonstruktion und beleuchtet sehr sinnfällig die vielschichtige, konflikträchtige Restrukturierung, Interpenetration und Differenzierung räumlicher Ebenen in der Weltökonomie*“ (Brenner: 1997, S. 12).

Unser Verständnis von den Millenniums-Zielenⁱ

Im folgenden Abschnitt legen wir dar, welcher Umgang mit den Millenniums-Zielen (MDGs) dem eigentlichen Projekt zugrunde liegt. Auf vier Aspekte zusammengefasst, stellt sich unser Verständnis von den MDGs wie folgt dar:

Die MDGs

- sind grundsätzlich zu befürworten, gehen aber nicht weit genug (Minimalkonsens), denn sie
- berücksichtigen unzureichend die Fragestellungen immanenter Multikausalitäten und Interdependenzen,
- sind auf Wirkungen ausgerichtet und vernachlässigen dabei Fragen nach Rahmenbedingungen und Struktur und
- vertreten ein eindimensionales, rein ökonomisches Armutsverständnis so wie es zu Zeiten der Modernisierungstheorien proklamiert wurde.

Im September 2000 wurde von den UN-Regierungsvertretern auf der 55. UN - Generalversammlung die Millenniumserklärung verabschiedet und damit eine neue Partnerschaft zwischen Nord und Süd eingeleitet. Kaum ein multilaterales Übereinkommen hat je die Zustimmung so vieler Staaten und ihrer Regierungschefs gewonnen. Nach Aussage von UN-Generalsekretär Kofi Annan haben die in der Millenniumserklärung enthaltenen Millenniums-Entwicklungszieleⁱⁱ (MDGs) bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Gesicht der globalen Zusammenarbeit verändert (Annan 2004: 1f.). Wegweisend ist dabei vor allem die Form des Konsenses als Set an quantifizierten Zielen samt Indikatoren und globalen Zeit- sowie Finanzierungsplan.

Gepriesen „*als aufrüttelnde, fassbare Vorgaben*“, stoßen die Ziele aber auch auf vehemente Kritik (Andersen 2005: 48). Als „Minimumsentwicklungsziele“ apostrophiert (Wichterich 2005: 20), wird die Festlegung auf eine derart geringe Anzahl von quantifizierbaren Zielen als „*Minimalkonsens*“ (Hauschild/Schilder 2005: 1) zwischen den unterschiedlichsten Parteien der Entwicklungspolitik degradiert, der die hart errungenen Beschlüsse und Zielsetzungen der großen UN-Konferenzen der 1990er Jahre wieder aufweicht und ihre Verwirklichung ein weiteres Mal vertagt (Martens 2006: 37,41). So hatten sich die Vereinten Nationen beispielsweise bereits 1981 darauf geeinigt eine universelle Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung bis 1990 (sic!) zu erreichen. Dieser Beschluss wurde dann auf dem Weltkindergipfel 1990ⁱⁱⁱ in New York bis zum Jahre 1995 vertagt, zugleich aber mit der Agenda 21 1992 in Rio bekräftigt^{iv}. Mit den 2001 verabschiedeten MDGs reduzierte sich der Anspruch – einzig die Zielvorgabe 10 fordert für die Hälfte der Weltbevölkerung einen Trinkwasserzugang. Ähnliche Einschnitte sind auf dem Gebiet der Frauenrechte zu verzeichnen. Die MDGs unterlaufen die Forderungen der Weltfrauenkonferenz von Peking indem sie Gender Mainstreaming nicht zu einem Querschnitts-anliegen machen, sondern au contraire Frauen einzig als Schwangere, Schulmädchen und Mütter stereotypisieren (Wichterich 2006: 125f.).

Auch vor dem Hintergrund der Millenniumserklärung wird deutlich, dass sich die Ziele nur einem begrenzten Themenkreis widmen. Im Kapitel zu „*Entwicklung und Armutsbekämpfung*“ der Millenniumserklärung enthalten, vernachlässigen die MDGs die in den Kapiteln 1 (Frieden, Sicherheit und Abrüstung), 4 (Menschenrechte, Demokratie und Good Governance) und 7 (Reform der UN) der Erklärung adressierten Themenkomplexe.^v Dies ist insofern markant, als dass auch diese, nicht direkt in den Zielen festgeschriebenen Bereiche, von Bedeutung für die Erfüllung derselbigen sind (UN General Assembly 2001: 7,19). Durch die Aufmerksamkeit, die den MDGs im Vergleich zu anderen Themen zukommt, ist der Zugang zu Problemstellungen, die sich nicht unmittelbar einem der acht Ziele zuordnen lassen, jedoch verstellt.^{vi} Ergo finden Initiativen, die sich mit den Inhalten der MDGs unter anderem Deckmantel beschäftigen,

weitaus schwerer in der Öffentlichkeit Gehör oder kommen gar auf nationale beziehungsweise internationale Agenden.

Darüber hinaus betrachten die MDGs als Sektorziele die jeweiligen Themen zu isoliert. Die MDGs sind wechselseitig voneinander abhängig – sowohl Zielkonflikte als auch Synergie-effekte sind existent. So bestehen beispielsweise zwischen Armutsbekämpfung und Umweltschutz zahlreiche Wechselwirkungen (WBGU 2005: 8, Sachs 2005: 276). Armut wird durch Klimawandel, Wasserverschmutzung, Bodendegradation und den Verlust an biologischer Vielfalt verschärft.^{vii}

Diese und weitere immanente Multikausalitäten und Interdependenzen werden jedoch kaum berücksichtigt (Unmüßig 2006: 186). Bei der Durchführung von Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele, werden die Ziele zu oft isoliert betrachtet (Loewe 2005a: 14). Der Brückenschlag zu den übergeordneten Referenzrahmen scheint nicht zu gelingen oder wird erst gar nicht vollzogen (Loewe 2005a: 14). Diesbezüglich gewinnt die Millenniumserklärung an Bedeutung. Da sie einen unabdingbaren normativen Interpretationsrahmen konstatiert, indem sie Werte und Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Respekt gegenüber der Natur und gemeinsame Verantwortung festschreibt und das Denken in Zusammenhängen lehrt (UN General Assembly 2000: 10ff).

Ebenso kritisch ist die Fokussierung der Ziele auf ihre Wirkung. Ursachenignorant sind lediglich die quantifizierbaren Wirkungen für den Zielekanon maßgeblich. Auf welchem Wege diese Wirkung erreicht wurde und von welcher Qualität dieselbige ist, gerät genauso in den Hintergrund wie die hinter der Maske der Harmonie verschleierte politischen Gegensätze hinsichtlich der Form der Umsetzung (Martens 2006: 55).

Nach Auffassung von Christa Wichterich (2006: 123) sind die MDGs das „wirksamste entwicklungspolitische Instrument der Vereinten Nationen“. Fragwürdig ist dabei welches Entwicklungs- aber auch Armutsverständnis den Zielen zugrunde liegt.

Bei dem Bestreben „*extreme Armut*“ zu beseitigen, distanzieren sich die MDGs von einem umfassenden Armutsverständnis, indem sie Armut rein monetär (1 Dollar Definition der Weltbank (Weltbank 1990)) monokausal definieren (Loewe 2005c: 13f.). Darüber hinausgehende menschliche Bedürfnisse (Gesundheit, Bildung) werden zwar thematisiert, aber nicht direkt mit Armut in Beziehung gesetzt. Zudem wird der Diversität der individuellen Armutswahrnehmung nicht Rechnung getragen, sondern westliche Wohlstandsmodelle als Basis globalisiert (siehe hierzu Sachs 2006, Mahnkopf 2006). Eine Aushandlung eines differenzierten und pluralistischen Wohlstandsverhältnisses findet bei der Entwicklung des Sollzustandes nicht statt. Somit oszillieren die Ziele des 21. Jahrhunderts einen traditionellen Armutsbegriff wie er zu Zeiten der Modernisierungstheorien in den 1950er Jahren propagiert wurde. Armut ist jedoch weitaus facettenreicher. Dem rein ökonomischen, monetären Armutsverständnis, das Armut als Mangel an Gütern und Dienstleistungen versteht, stehen sozio-kulturelle, multiperspektivische Betrachtungsweisen gegenüber, die ebenso nicht-materielle Aspekte berücksichtigen. So wird Armut beispielsweise als „*human poverty*“ (UNDP 2000: 17) oder Mangel an Humankapital (Gesundheit, Bildung), Sicherheit und Rechten (Partizipation) aufgefasst (Sen 2000).^{viii}

Gleichermaßen relevant ist in diesem Zusammenhang der den Zielen immanente Entwicklungsbegriff. Entwicklung ist ein Herkulesbegriff. Prinzipiell heißt Entwicklung Veränderung von Zustand A hin zu Zustand B. Entwicklung ist aber „*weder vorgegeben noch allgemeingültig definierbar noch neutral, sondern abhängig von Raum und Zeit sowie insbesondere von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen*“ (Nohlen 2001: 82). Aus diesem Grunde muss, wer Entwicklung steuern will, zunächst Entwicklung an sich, als auch Ist- (Zustand A) und Sollzustand (Zustand B) gemeinschaftlich d.h. konsensual in Form eines offenen Dialogs, definieren. Da nicht alle in der Millenniumserklärung aufgeworfenen Fragestellungen durch die MDGs operationalisiert

wurden, ist fraglich inwiefern ein umfassender Konsens hinsichtlich des Ist- und Sollzustandes existiert. Die Ziele, Unterziele und Indikatoren unternehmen den Versuch, den Status-Quo abzulesen. Standards, die eine einheitliche Datenerhebung sicherstellen, fehlen jedoch, so dass der Abgleich von Ziel und Fortschritt unscharf wird. Darüber hinaus ist die Geeignetheit der Unterziele und Indikatoren umstritten (Social Watch 2005: 12; Sachs 2005b: 26; Loewe 2005a: 16).

Weiterhin tangieren die MDGs in ihrer Konzeption weder Fragen nach der Struktur noch nach wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen von Entwicklung (Martens 2006: 45, Unmüßig 2006: 190). Die MDGs sind als mittelfristige Ziele auf einen Zeithorizont von 15 Jahren ausgelegt. Dieser birgt die Gefahr, dass die Erfolge - sollten sie nicht auf den notwendigen strukturellen Veränderungen beruhen - nur von kurzer Dauer sind. So stellt sich nicht nur die Frage der Weiterfinanzierung nach 2015 sondern auch die der Sicherung der Ergebnisse (Loewe 2005a: 14).

Zudem werden strukturelle Fragen der Verteilung^{ix} von politischer Macht oder Reichtum genauso wenig thematisiert wie die Notwendigkeit veränderter Produktions- und Konsumtionsmuster in den Ländern des Nordens. Dies entspricht dem entwicklungs-politischen Duktus der Modernisierungstheorien der 1950er und 1960er Jahre (Martens 2006: 43) und damit dem Mantra der nachholenden Entwicklung. Damit restituieren die MDGs das Gesellschaftsmodell der Industrieländer zur Blaupause für globale Entwicklung und eruiieren nicht alternative, zukunftsfähige Wohlstandsmodelle (Kuhn/Rieckmann 2006: 214).

Die einzelnen MDGs sind ohne Frage erstrebenswert. Sie konstituieren de facto jedoch nur einen „kleinen Ausschnitt der globalen Entwicklungsziele“ (Loewe 2005a: 13.) und sind stets vor dem Hintergrund der Millenniumserklärung sowie der zurückliegenden UN-Beschlüsse und Deklarationen zu betrachten (Annan 2005: 10f). Im Ergebnis wird Marco Rieckmann und Katina Kuhn (2006: 214) beigepllichtet, dass es das Ziel einer „reflektierten und kritischen zukunftsorientierten Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Weltgesellschaft [sein] muss [...] über die MDGs hinaus zu denken“. Wie bereits Kofi Annan in seinem Fortschrittsbericht „In größerer Freiheit“ darlegte, sollten Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte zusammengedacht (Annan 2005) und um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen ergänzt werden (Sachs 2002: 47-52; WBGU 2005: 5). Sollen dabei Pauschallösungen vermieden werden, verlangt die Definition des Soll-Zustandes nach dynamischen Zielen (Diversität lässt sich nicht statisch nähern) mit rahmengebenden Strukturen.

Die bereits zu viel früherem Zeitpunkt verfassten Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung stellen in unseren Augen eine solche mögliche komplexe Struktur dar, die es ermöglicht die in der Millenniumserklärung angestrebte nachhaltige Gemeinschaft ins Leben zu rufen. Zudem erhoffen wir, trotz unserer kritischen Einstellung, die Realisierung der MDGs bis zum Jahre 2015. Nicht zu letzt dafür sind wir der Global Marshall Plan Initiative beigetreten.

DIE GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Der Global Marshall Plan umfasst insbesondere die folgenden fünf Kernziele:

- 1. Rasche Verwirklichung der weltweit vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen** als Zwischenschritt zu einer gerechteren Weltordnung und zu nachhaltiger Entwicklung.
- 2. Aufbringung von durchschnittlich 100 Mrd. US\$ pro Jahr zusätzlich im Zeitraum 2008-2015** für Entwicklungszusammenarbeit.
- 3. Faire Mechanismen zur Aufbringung der benötigten Mittel.**

4. Schrittweise Realisierung einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft** und Überwindung des globalen Marktfundamentalismus durch Etablierung eines **besseren Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft**.
5. Voraussetzung zur Erreichung eines vernünftigen Ordnungsrahmens sind eine **faire partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen** und ein adäquater Mittelfluss. Die Förderung von Good Governance, die Bekämpfung von Korruption und koordinierte und basisorientierte Formen von Mittelverwendung werden als entscheidend für eine **selbstgesteuerte Entwicklung angesehen**.

Zur Schaffung einer Welt in Balance wird eine Ökosoziale Marktwirtschaft mit weltweit verbindlichen sozialen, ökologischen und kulturellen Standards angestrebt. Der Global Marshall Plan kombiniert eine funktionsfähige und kohärente Global Governance Struktur, geeignete Reformen und eine intelligente Kopplung von UN-, WTO-, IWF-, Weltbank- sowie ILO- und UNEP-Regelwerken mit der Aufbringung von zusätzlich 100 Mrd. US\$ pro Jahr für die Co-Finanzierung von Entwicklung. Als konzeptionelles Modell für die Verknüpfung von Co-Finanzierung mit der Einhaltung von ökosozialen Standards dienen die EU-Erweiterungsprozesse, die aber eine bessere finanzielle Ausstattung erfordern, als dies in der aktuellen Erweiterungsrunde der Fall ist (siehe ausführlich www.globalmarshallplan.org).

Konstruktive Anmerkung...

Der Global Marshall Plan wird von den Organisatoren unterstützt, da uns die Implementierung der Ökosozialen Marktwirtschaft als realistische Perspektive erscheint. Dennoch möchten wir aus unserer Perspektive anregen, die vertretene Vision einer Welt in Balance durch eine konsistente wissenschaftliche Konkretisierung der fünf formulierten Ziele herzustellen. Dies würde beispielsweise eine kritischere Beleuchtung der Millenniumsziele bedeuten. Nur mit einer stetigen wissenschaftlichen Überprüfung der benutzten Begrifflichkeiten und Identifizierung von dahinter stehenden Paradigmen wird in unseren Augen eine nachhaltige Gemeinschaft realisierbar.

Wichtig für unser Engagement und unsere aktive Unterstützung ist, dass hinter dem Global Marshall Plan keine Organisation, sondern eine Initiative steht, die eine breite Partizipation ermöglicht. Weiterhin identifizieren wir wissenschaftliche und Koordinationskompetenzen, die wir für wichtig erachten. Wir erkennen zudem einen unbedingten Willen der teilnehmenden Akteure eine nachhaltige Welt mit allen verfügbaren Kräften zu ermöglichen, dem wir uns anschließen.

Nachhaltigkeitsverständnis^x

Da in unseren Augen weder die Millenniumsziele zielführend sind und der Global Marshall Plan zu unkonkret bleibt, führen wir nun unser Verständnis von Nachhaltigkeit ein, über das eine gerechte Welt generiert werden kann. Dabei leiten wir den Begriff zunächst historisch her, um deutlich zu machen welche Konzepte bereits seit 20 Jahren vorliegen. Die wichtigsten Forderungen sind uns dabei: die internationale Rechtsverbindlichkeit einer hier definierten Nachhaltigkeit, die Anerkennung von systemischen Grenzen und gerechte Verteilung von Ressourcen.

Aufgrund der „Galerie der Definitionen“^{xi} (Pearce/Markandya/ Barbier 1989: 173-85) von Nachhaltigkeit fügen wir der eigentlichen Projektbeschreibung unser Verständnis von Nachhaltigkeit bei, um die Ambiguität der Begrifflichkeit in unserem Sinne zu konkretisieren. Notwendig erscheint der Zwischenschritt eines historischen Abrisses, um später pfadgenau das Ursprungsprinzip auf unsere gegenwärtige Problemsituation zu

abstrahieren und andererseits, um den missbräuchlichen Umgang (Michelsen 2005: 5) mit dem Begriff Nachhaltigkeit Einhalt zu gebieten. Denn: »*Nachhaltigkeit als Anliegen und Leitbegriff scheint (...) zunehmend Gefahr zu laufen, zur schmückenden Leerformel zu verkommen, die in Sonntagsreden Problembewusstsein signalisieren soll, ohne das der Redner oder Rednerin beim Wort genommen werden kann*« (Kier 2005: 22). Diesem Umstand soll deutlich mit unserem Projekt entgegengewirkt werden.

Dabei ist uns bewusst, dass es sich bei dem Konzept der Nachhaltigkeit um eine dynamische Begrifflichkeit handelt, der wir allerdings nicht nur eine vergleichbare Wertigkeit wie den Begriffen Gerechtigkeit und Freiheit geben, sondern auch ein annähernd äquivalentes und unveränderliches Fundament zuordnen wollen. Wichtig ist uns, dieses Paradigma zu setzen, um Nachhaltigkeit greif- und anwendbar zu gestalten. Dementsprechend haben wir uns geeinigt mit historischen und wissenschaftlichen Kenntnissen eine Momentaufnahme aufzuzeigen, die jedoch im Ergebnis offen bleibt für spätere Konkretisierungen, sofern diese eine wissenschaftliche Pfadgenauigkeit aufzeigt.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit entspringt dem Jagdwesen. Die Jäger entwickelten einen Handlungsrahmen für die "*[...] bestmögliche Nutzung des Zuwachses bei voller Erhaltung des Grundbestandes als Produktionsmittel*" (Henning 1991: 28). Dieses Grundprinzip wurde später auf die Forstwirtschaft übertragen. Notwendig wurde die Anwendung dieses Handlungsrahmens, da die Europäer ihren Holzeinschlag seit der Antike massiv vorangetrieben hatten, dass es bereits im 16. Jahrhundert zu einem Notstand kam (Zeschmar-Lahl: 2006).

1795 wurde von Hartwig das Nachhaltigkeitsaxiom aufgestellt, welches als "*Generationenvertrag*" charakterisiert wird und für unser Verständnis wesentlich ist. Das Axiom ist als Abstraktion eines Handlungsrahmens zu beschreiben. Nachhaltigkeit wird definiert als "*[...] Begriff aus der Land- und Forstwirtschaft, der eine Wirtschaftsweise bezeichnet, die sicherstellt, dass die Produktionsleistung des Bodens für kommende Generationen erhalten bleibt*" (Walletschek 1990: 177). Dieses Ur-Prinzip avancierte zu einer Art „Grundgesetz der Forstwirtschaft“ (Schicha: 1999).

Die Kernfrage nach der Ressourcennutzung wurde 1972 von Meadows global untersucht: In „*Grenzen des Wachstums*“ identifizierte er, dass die Menschheit ihre Umwelt gefährdend überstrapaziert: Der Grundbestand sei in Gefahr, aufgebraucht zu werden, da die natürlichen Grenzen des Systems bei einer Entnahme nicht als Entscheidungsgrundlage miteinbezogen und ausreichend berechnet werden. Ursächlich dafür ist nach Michelsen (2006: 20) die global angewendete neoklassische Wirtschaftstheorie. Dabei wurde der Faktor Natur bei der Analyse und Bewertung weitgehend ausgeblendet. Durch diesen beschrifteten Pfad würden langfristig die Probleme des ursprünglichen Holznotstandes sich auf viele weitere Ressourcen ausbreiten. Ab diesem Moment wurde der Versuch unternommen, das Ur-Prinzip zu einem globalen und umfassenden ökologischen Wirtschaftsprinzip zu transformieren. Die ökologische Dimension gewann dadurch an Gewicht und der Mensch als Akteur rückte immer mehr ins Zentrum.

Der Brundtland-Report erweiterte 1987 dementsprechend die globale Problemanalyse und stellte dabei nach Michelsen (2006: 25) drei Kernbereiche fest, die in der Art auch noch gegenwärtig bestehen:

- Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen
- Wachsende Ungleichheit und Armut
- Bedrohung von Frieden und Sicherheit

Als Lösungsansatz entwickelte der Abschlussbericht drei Grundprinzipien: Die gedankliche Einnahme der globalen Perspektive, die Verknüpfung von Umwelt- mit Entwicklungsaspekten und die Realisierung von Gerechtigkeit (ebd.). Wobei letztere in zwei verschiedene Perspektiven getrennt wird:

- Intergenerationell - wird demnach verstanden als Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.
- Intragenerationell - ist in dem Sinne gemeint, Verantwortung für die gegenwärtige Menschheit zu übernehmen, vor allem für die armen Staaten, aber auch innerhalb eines Landes, für Ausgleich zu sorgen (ebd.).

Auf dieser Basis definierte die Brundtland-Kommission in ihrem Bericht mit dem Titel „Our Common Future“ erstmals den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ (World Commission on Environment and Development 1987: 43). Nach Stappen (2006: 19) griff sie dazu die historischen Prinzipien auf, indem die Idee der Generationengerechtigkeit mit den Grenzen der Ressourcen verknüpft wurde:

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. It contains within it two key concepts:

1. *The **concepts of “needs”**, in particular the essential needs of the world’s poor, to which overriding priority should be given; and*
2. *the **idea of limitations** imposed by the state of technology and social organization on the environment’s ability to meet present and future needs”.*

Diese Definition erweitert die bis dato aufgestellten Axiome um eine Verteilungskomponente: Die abgeschöpften Zuwächse des Wirtschaftsystems sollen demnach auch gleichzeitig den wirtschaftlich schlechter gestellten Akteuren zu Gute kommen.

Aufgrund des Status als wissenschaftliche UN-Kommission bot sich auf der Rio-Konferenz 1992 die Möglichkeit die Ausführungen als rechtskräftige Konvention zu fixieren. Diese wurde nicht wahrgenommen: Lediglich der erste Satz wurde als Empfehlung anerkannt.^{xii} Damit war die Definition zwar international konsensfähig, aber lediglich oberflächlich (Michelsen 2006: 26).

Trotz der schwammigen Verankerung der Definition einer „nachhaltigen Entwicklung“ auf der Rio-Konferenz 1992, gab es einige Weiterentwicklungen des Konzeptes. Eine bedeutende Neuerung war die Anerkennung des Vorsorge- und Verursacherprinzips. Die hohe Erwartung an den Weltgipfel, einen globalen Konsens der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, konnten für teilnehmende gesellschaftliche Gruppen nicht erfüllt werden. Dabei steht insbesondere die Agenda 21 in der Kritik, da sie auf eine »*Stützung des Bestehenden abziele, herrschaftsfixierend und marktorientiert sei und der Wirtschaft eine zu große Rolle beimesse*« (ebd.: 30). Schwerwiegender wurden jedoch die formulierten Ergebnisse bemängelt. Der gewünschte Effekt, durch eine große Anzahl von Teilnehmern auch einen weltbewegenden Konsens zu erreichen, kehrte sich eher in das Gegenteil um. Die stark divergierenden Interessen bewirkten zahlreiche Kompromisse, die zu unverbindlichen Formulierungen der Ziele und Handlungsanweisungen führten (ebd.). Als Beispiel sei hier die Verkürzung der Definition nachhaltiger Entwicklung gedacht, die erst so inhaltsleer konsensfähig wurde. Problematisch sind weiterhin die fehlenden völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, wie sie auch bei der Agenda 21 oder der Rio-Deklaration festzustellen sind (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich am Ende dieses Abschnittes resümieren, dass das Ur-Prinzip der Nachhaltigkeit über 200 Jahre rein mit einem sehr kleinen Ausschnitt der ökologischen Dimension verknüpft wurde. Ab dem Moment ging es darum, das ursprüngliche Nachhaltigkeitsprinzip als globales Wirtschaftskonzept zu abstrahieren, Grenzen der Umwelt festzulegen und wirtschaftliche Handlungen der Menschen zu redefinieren. Dieses Konzept scheiterte auf internationaler Ebene. Anstatt sich den identifizierten, globalen Problemen anzunehmen, die im Wesentlichen aus der neoklassischen Wirtschaftstheorie entsprangen, wurde diese sogar noch ausgebaut und erfolgreich geschützt. Kaissl (2005: 18) beschreibt es folgendermaßen: *„Fast 20 Jahre nachdem der Begriff Nachhaltigkeit in die Welt gesetzt wurde, hat sich eine entsprechende Entwicklung nur geringfügig etablieren können“*.

Auf der anderen Seite wurden im Zeitverlauf viele freiwillige Zielvereinbarungen seit Brundtland getroffen, die den komplexen Problemlagen des Globus entgegenwirken könnten. Diese müssten nur konsequent abgearbeitet werden, um eine wesentliche Verbesserung der aktuellen Problemlagen zu bewirken (Teichert/Wilhelmy 2002: 50).

Dimensionen der Nachhaltigkeit

In dem wissenschaftlichen Diskurs herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Nachhaltigkeit über die Integration verschiedener Dimensionen erreicht werden kann (Michelsen: 2006, S. 43). In der einschlägigen Literatur werden überwiegend drei Dimensionen angeführt: Ökologie, Soziales und Ökonomie. *„Dabei geht es bildhaft gesprochen – nicht um die Zusammenführung dreier nebeneinander stehender Säulen, sondern um die Entwicklung einer dreidimensionalen Perspektive aus der Erfahrungswirklichkeit“* (Deutscher Bundestag 1998: 30).

Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich in der Gewichtung der Dimensionen und können generell in „Ein-Säulen-“ und „Mehr-Säulen-Modelle“ differenziert werden (ebd.: 47). Ersteres räumt einer Dimension grundsätzlich die oberste Priorität ein. Ein Beispiel ist hierfür die Vorrangstellung der ökologischen Dimension in den Nachhaltigkeitsstudien des Umweltbundesamtes (UBA 1997; UBA 2002). Demnach bildet die Ökologie den Rahmen, in dem soziale und ökonomische Handlungen vollzogen werden: *»Die Tragkapazität des Naturhaushalts muss daher als letzte, unüberwindliche Schranke für alle menschlichen Aktivitäten akzeptiert werden«* (UBA: 2002: 2).

Bei dem „Mehr-Säulen-Modell“ wird hingegen von einer gleichrangigen Bedeutung aller Dimensionen ausgegangen. *„Zentrales Ziel des Nachhaltigkeitsanliegens ist die Sicherstellung und Verbesserung ökologischer, ökonomischer und sozialer Leistungsfähigkeiten. Diese bedingen einander und können nicht teilloptimiert werden, ohne Entwicklungsprozesse als Ganzes in Frage zu stellen“* (Deutscher Bundestag 1998: 33). So ist eine *„wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt nur in dem Maße möglich, in dem die Natur als Lebensgrundlage nicht gefährdet ist“* (ebd.). Andererseits sind aber auch ökologische Ziele nur in dem Maße umsetzbar, solange ökonomische oder soziale Gegebenheiten die Individuen nicht zu gegensätzlichen negativen Handlungen zwingen (Michelsen 2006: 47).

Abschließend zu den Dimensionen wird in diesem Diskussionsanstoß ein Ansatz vertreten, der von den herrschenden Meinungen scheinbar abweicht. Angelehnt ist die Abstraktion an den Ergebnissen der Komplexitätsforschung^{xiii} von Gandolfi (2001), der nach Meinung der Autoren den beschriebenen Diskurs in seiner Summe umschließen kann. Der Ansatz kann hier allerdings nur kurz angerissen werden.

Abstrahiert von der »großen Lebenshierarchie« von Gandolfi (2001: 36) wird hier das Paradigma vertreten, das dem Ökosystem abwärts, dass soziale System subsumiert ist und diesem wiederum die Ökonomie und so weiter, bis es beim Atom endet. Jede dieser Dimensionen stellt dabei ein komplexes System dar, die in der eben angeführten Reihenfolge einer Systemhierarchie unterliegen. Hermann Haken (1999: 33) nennt dieses Prinzip in seinem Modell der Synergetik »Versklavung«. Mit anderen Worten befinden sich die einzelnen komplexen Systeme in einer Kompromisslage zueinander, wobei universelle Gesetzmäßigkeiten existieren (Gandolfi 2001: 90). Folglich gibt es auch keine Säulen, sondern hierarchische komplexe Systeme. Insgesamt wird in der Komplexitätsforschung ein sinnvoller Beitrag für die Lösung der gegenwärtigen und künftigen Probleme gesehen, die helfen das Konzept der Nachhaltigkeit stetig zu konkretisieren und Gesetzmäßigkeiten zwischen den Dimensionen zu verdeutlichen.

Derweil präferieren wir das Konzept der „*sensible sustainability*“ nach Seregaldin und Steer (1994). Demnach sind für jede

»einzelne Kapitalart „kritische Grenzen“ zu definieren, die eine nachhaltige Entwicklung nicht überschreiten darf, unabhängig davon, wie hoch die Akkumulation bei anderen Kapitalformen ist. Solange es nicht möglich ist, solche kritischen Grenzen exakt zu bestimmen, ist bei der Ausbeutung der betroffenen Ressourcen im Sinne des Vorsorgeprinzips Zurückhaltung zu üben« (nach Michelsen 2006: 53).

Abschließend sollen die in unserem Verständnis von Nachhaltigkeit zentralen Hindernisse thesenartig aufgezeigt werden:

- Die rechtliche Verankerung von Nachhaltigkeit ist sowohl international als auch national falsch verortet und besitzt einen Anwendungsbereich, der nicht mit der Querschnittswirkung der Nachhaltigkeit übereinstimmt.
- Keine Nachhaltigkeit ohne ökonomischen Erfolg und langfristig kein ökonomischer Erfolg ohne Nachhaltigkeit. Zusätzlich keine Nachhaltigkeit ohne ausgebildete Akteure und langfristig keine ausgebildeten Akteure ohne global gerechte Rahmenbedingungen.
- Die gesellschaftlich geschaffene Wertigkeit des Geldes ist verantwortlich für den Raubbau an der Natur, dessen wahre Kosten auf die Gemeinschaft externalisiert werden, ohne dem Verursacher berechnet zu werden. Insgesamt wird die gesamte Kapitalbewertung nicht realitätsnah praktiziert. Dementsprechend wird auch ein neues BIP-Konzept und ein neues Preis-Kosten-Gefüge benötigt, um eine nachhaltige Gemeinschaft effizient zu gestalten.
- Ohne die United Nations demokratisch und konsensfähig zu reformieren, wird eine global gerechte Nachhaltigkeit nicht möglich sein.

Anmerkungen:

¹ Die verwendete Literatur können Sie auf unserer Webseite unter Literatur einsehen.

² Autorin Juliane Krüger, September 2006, Lüneburg.

³ Die MDGs wurden durch ein Expertenforum aus Internationalem Währungsfonds, Weltbank, OECD und UN Generalsekretariat aus der Millenniumserklärung extrahiert, mit 18 Unterzielen und mehr als 40 Indikatoren operationalisiert und 2001 im Rahmen des Reports „Road map“ veröffentlicht (UN General Assembly 2001).

⁴ Auf diesem Gipfel verständigten sich die UN bereits auf 27 Entwicklungsziele für das Jahr 2000. U.a wurden Themen wie - Senkung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung der Mangelernährung, Verbesserung der Bildungschancen sowie Schutz für Kinder vor Missbrauch und Ausbeutung adressiert (Unicef 2001: o.S.).

⁵ Siehe hierzu Kapitel 18 der Agenda 21 (Earth Summit 2002 o.J.).

⁶ Zum Teil ist dies durch die fehlende Möglichkeit der Quantifizierung dieser Themenfelder begründet.

⁷ Andere Positionen sehen die mit den MDGs verbundene Aufmerksamkeit als Chance ungenutzte Kräfte-Reservoirs in Politik und Gesellschaft freizulegen. Strittig ist jedoch, wie verbindlich der Konsens wahrgenommen, d.h. verinnerlicht und in konkrete Handlungen operationalisiert wird und damit die Gestaltung des Tagesgeschäftes verändert - oder aber als schieres Lippenbekenntnis verhallt.

⁸ Vor diesem Hintergrund erscheint es zwingend notwendig MDG 1 (Armutsbekämpfung) und MDG 7 (Umweltpolitik) systematisch zu verknüpfen (WBGU 2005: 3). Darüber hinaus ist es problematisch, dass die für die Armutsbekämpfung so zentrale Umweltpolitik (WBGU 2005: 3) entgegen ihrer Zentrumsfunktion „als sektorales Problemfeld an der Peripherie der MDG-Strategie“ verortet ist (WBGU 2005: 5, Loewe 2005a: 14).

⁹ Siehe hierzu „capabilities approach“ von Amartya Sen (Sen 2000).

¹⁰ Durch die Nutzung von aggregierten Werten mit dem einzelnen Nationalstaat als niedrigste Erhebungsebene, blenden die Indikatoren Ungleichgewichte innerhalb der jeweiligen Länder, wie sie beispielsweise zwischen den Regionen, Stadt-Land, ethischen Gruppen oder den Geschlechtern existieren, überwiegend aus (Loewe 2005a: 16). Eine Ausnahme bilden in dieser Hinsicht die Indikatoren 3, 9, 12, 30 und 31

¹¹ Autor = Gerrit Mumm, September 2006, Lüneburg.

¹² Pearce et al nennen bereits 1989 über 40 Definitionen.

¹³ Ohne die beiden Schlüsselkonzepte fehlen die Handlungsrichtlinien für eine Entscheidungsgrundlage.

¹⁴ Komplexität stellt nach Jasmin Godemann (2005: 1) ein zentrales Kennzeichen von Nachhaltigkeit dar, die so handhabbar gemacht werden kann, ohne sie zu simplifizieren. Dafür spricht zunächst die systemische Perspektive der Nachhaltigkeit, die scheinbar im Einklang steht mit den Gesetzmäßigkeiten von komplexe
